



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5308 Ammann

Hooligans in und um Fussballstadien schärfer bestrafen

Gewalt in und um Fussballstadien ist wieder zu einem grossen Thema geworden. Nachdem sich das Hooligan-Problem vorübergehend entspannt hat, häufen sich die Vorfälle wieder. Höhepunkt war der von Hooligans erzwungene Spielabbruch in Luzern. In der Analyse eines dringenden schärferen Strafmasses stellt sich in der Öffentlichkeit diese Frage. Wann wird der Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen für eine Verschärfung im Umgang mit gefährlichen Straftäter und eine deren rasche Verurteilung vorlegen?

Antwort

Die strafrechtlichen Möglichkeiten zur Ahndung von Gewalt an und rund um Sportveranstaltungen sind aus Sicht des Bundesrates ausreichend. Das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Sprengstoffgesetz decken die relevanten Sachverhalte ab.

Zur Bekämpfung von Gewalt an Sportveranstaltungen verfügen die Kantone mit ihrem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen auch über ein umfassendes Instrumentarium an verwaltungsrechtlichen Massnahmen. Das Ziel muss sein, dass die Kantone die vorhandene Gesetzgebung konsequent und einheitlich umsetzen, um Gewalttäter von und rund um Sportveranstaltungen fern zu halten und für ihr Verhalten auch angemessen zu bestrafen. Das Konkordat wird zurzeit durch die Universität Bern evaluiert.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5310 Molina

Widersprüchliche Praxisänderung bei Ausschaffungen nach Afghanistan

Seit März 2019 führt die Schweiz wieder abgewiesene Asylsuchende nach Afghanistan zurück, obwohl das FDA eindringlich vor Reisen in dieses Land warnt.

- Wie begründet der Bundesrat diese widersprüchliche Praxis? Und wie kam diese zustande?
- Wie kann der Bundesrat ausschliessen, dass bei solchen Ausschaffungen das Non-Refoulement-Gebot nicht verletzt wird?
- Was muss passieren, damit der Bundesrat von Ausschaffungen absieht?

Antwort

- Bei den Reisehinweisen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) handelt es sich um generelle Empfehlungen, welche in erster Linie als Informationsquelle für Reisezwecke dienen. Ob abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan zurückgeführt werden können, wird vom Staatssekretariat für Migration (SEM) einzelfallbezogen geprüft. Rückführungen nach Afghanistan waren zwischen September 2017 und März 2019 aufgrund von operationellen Schwierigkeiten nicht möglich. Am 26. März 2019 konnte wieder eine weg-gewiesene Person nach Afghanistan zurückgeführt werden.
- Das SEM prüft jedes Asylgesuch individuell und sorgfältig, um eine Gefährdung bei der Rückkehr auszuschliessen. Vor der Anordnung eines allfälligen Wegweisungsvollzugs nach Afghanistan wird geprüft, ob ein solcher zulässig, zumutbar und möglich ist. Gemäss aktueller Asyl- und Wegweisungspraxis ist der Wegweisungsvollzug nach Afghanistan nur unter begünstigenden individuellen Umständen in die drei Städte Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif zumutbar. Ansonsten wird vom Vollzug der Wegweisung nach Afghanistan abgesehen.
- Das SEM prüft die Situation in Afghanistan laufend. Es wertet dabei Erkenntnisse von ausländischen Partnerorganisationen, internationalen Organisationen, NGO und Medien aus und lässt diese in seine Lagebeurteilung einfließen. Gestützt darauf passt das SEM seine Asyl- und Wegweisungspraxis an, wenn dies nötig ist.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5318 Steinemann

Schützt die Referendumsvorlage auch pädophile Neigungen?

Pädophilie kann auch als «sexuelle Orientierung» i.S. der Vorlage 13.407 aufgefasst werden. Im Sinne eines Kurz-Rechtsgutachtens bitte ich den Bundesrat, die Frage abzuhandeln, ob auch (verurteilte) Pädophile vom neuen Hass-Tatbestand geschützt sind. Unerheblich ist dabei die eigentliche Straftat an sich.

Und sind auch andere gesellschaftlich geächtete Sexualpraktiken wie Nekro- oder Zoophilie oder der Konsum von Pornografie im Sinne des neuen Tatbestandes zu qualifizieren?

Antwort

Am 14. Dezember 2018 hat die Bundesversammlung beschlossen, die Artikel 261^{bis} Strafgesetzbuch und 171c Militärstrafgesetz um das Kriterium der sexuellen Orientierung zu erweitern. Am 7. Mai 2019 kam das Referendum gegen diese Erweiterung zustande.

Gemäss der Referendumsvorlage sollen Personen oder Gruppen vor Hass oder Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geschützt werden. Sexuelle Orientierung bedeutet gemäss der Stellungnahme des Bundesrates vom 15. August 2018 die Anziehung zu einer anderen Person in Bezug auf das biologische Geschlecht, definiert als Hetero-, Homo- und Bisexualität. Nicht in den Schutzbereich der vorgeschlagenen Norm fallen Sexualpräferenzen wie beispielsweise Pädophilie. Dies hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates in ihrer Vernehmlassungsvorlage vom 11. Mai 2017 ausdrücklich festgehalten.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5325 Reimann Maximilian

Soll das Instrument der Siegelung von relevanten Strafuntersuchungsakten auch zwecks Verjährung eingesetzt bzw. missbraucht werden können?

Der zähe Verlauf der aktuellen Strafuntersuchung im Fall Raiffeisen rückt in der Öffentlichkeit zunehmend die Fragwürdigkeit von Art. 248 StPO über die Siegelung und Entsiegelung von relevanten Daten und Gegenständen in den Fokus.

Was war seinerzeit die Ratio Legis zur Einführung dieses Instruments in die StPO? Hat es sich in der Praxis bewährt oder wird es vielmehr verteidigungstaktisch missbraucht?

Wäre ein Stillstand der Verjährung eine taugliche Lösung im Zug der laufenden StPO-Revision?

Antwort

Die Siegelung betrifft die Durchsuchung und Beschlagnahme von Schriftstücken und weiteren Aufzeichnungen. Sie schützt die Geheimhaltungsinteressen von unbeteiligten Dritten, aber auch der beschuldigten Person selbst. Die Siegelung bewirkt, dass die Schriftstücke für die Strafverfolgungsbehörden zunächst verschlossen bleiben. Erst wenn eine Gerichtsbehörde die Entsiegelung bewilligt, dürfen sie als Beweise zu den Akten genommen werden.

Die Siegelung war schon den meisten Kantonen bekannt, bevor das Strafprozessrecht eidgenössisch geregelt wurde. Dies spricht für die Notwendigkeit des Instituts. Es wird denn auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt und hat sich insgesamt bewährt.

Praktisch jedes Parteirecht lässt sich verteidigungstaktisch einsetzen, ohne dass dies gleich einen Missbrauch darstellen würde. Dies gilt auch für die Siegelung. Der Bundesrat erachtet es nicht als angezeigt, die Geltendmachung bestimmter Parteirechte mit einem Ruhen der Verjährung zu verknüpfen.

Das Verjährungsrecht ist so ausgestaltet, dass es die Durchführung auch komplexer Verfahren ermöglicht, gleichzeitig aber praktikabel ist. Deshalb sieht der Vorentwurf zur Revision der Strafprozessordnung keine entsprechende Änderung vor; auch in der Vernehmlassung wurde dieses Begehren nicht vorgebracht.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5334 Regazzi

SPC-Waiver: auch die Schweiz muss eine Lösung finden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Pharmaindustrie zu erhalten

Das Parlament der EU hat am 17. April letzten Jahres eine Ausnahme von den Patentrechten (SPC Waiver) beschlossen. Diese ermöglicht es, in einem Land, in dem ein Patent gültig ist, ein Produkt zu produzieren, das in einem anderen Land, in dem das Patent abgelaufen ist, verkauft zu werden. Mit dieser Entscheidung wird die Pharmaindustrie der EU wettbewerbsfähiger, da sie neue Medikamente schneller auf den Markt bringen kann.

Ich frage das CF:

- Ist das in der Schweiz ein Thema?
- Würde es nicht opportuno sein, ein GL zu erstellen, um diese Regelung umzusetzen?
- Welche Auswirkungen hätte das?

Antwort

Der Bundesrat hat die Diskussionen zum SPC Manufacturing Waiver und den zugehörigen Gesetzesänderungsprozess in der EU mitverfolgt.

Der Waiver erlaubt es Herstellern von Generika oder Biosimilars, vor Ablauf eines ergänzenden Schutzzertifikats in der EU zu produzieren und in Märkte außerhalb der EU auszuführen. Da es sich um eine Ausnahmeregelung handelt, die auf einen spezifischen, überblickbaren Sachverhalt beschränkt ist, ist der Bundesrat der Meinung, dass die Einrichtung einer Arbeitsgruppe nicht notwendig ist. Er wird aber Vor- und Nachteile der Einführung eines Manufacturing Waivers für die Schweiz analysieren und danach über das weitere Vorgehen befinden.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5350 Schläpfer

UMAs in Bundeszentren: schafft sich die ZHAW selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

Die ZHAW bildet Sozialarbeiter aus und empfiehlt dem Bund, mehr Sozialarbeiter für UMAs zu engagieren.

Fragen:

1. Wie hoch fallen in den Bundeszentren die Kosten pro UMA heute aus?
2. Wie hoch sind die Kosten pro Sozialarbeiter in den Bundesasylzentren?
3. Schafft sich die ZHAW mit dieser Empfehlung selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

Frage 19.5351 Schläpfer

UMAs in Bundeszentren: schafft sich die ZHAW selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

Die ZHAW bildet Sozialarbeiter aus und empfiehlt dem Bund, mehr Sozialarbeiter für UMAs zu engagieren.

Fragen:

1. Wie hoch ist der Betreuungsschlüssel heute?
2. Wie hoch wird er nachher sein?

Antwort

Die Kosten für die kinds- und altersgerechte Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen in den beiden Zentren des Bundes, in welchen diese aktuell angeboten wird, betragen durchschnittlich CHF 80.50 pro Tag und Person. Dies umfasst die Kosten für die Sozialpädagogen sowie für das übrige zusätzlich eingesetzte Betreuungspersonal. Im vergangenen Jahr beliefen sich die entsprechenden Kosten in den Zentren Zürich und Basel auf insgesamt rund 830'000 Franken; dies bei einem Stellenpensum von je rund 400 Prozent für die Sozialpädagogen und für das zusätzliche Betreuungspersonal.

Die Sozialpädagogen werden von den externen Betreuungsdienstleistern nach den Vorgaben des SEM rekrutiert. Die ZHAW ist an diesem Rekrutierungsprozess nicht beteiligt.

Das durchschnittliche Betreuungsverhältnis im Pilotprojekt betrug 1 zu 15. Mit der Umsetzung des neuen Konzepts in allen Asylregionen wird das Verhältnis künftig je nach Belegung zwischen 1 zu 15 und 1 zu 10 liegen.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5357 Marti Samira

Beschleunigte Verfahren: Sind unbegleitete Minderjährige keine Priorität?

Am 9. Mai 2019 informierte das SEM über die neue Behandlungsstrategie für Asylverfahren in den Bundesasylzentren. Vorrangig werden Asylgesuche behandelt, die im beschleunigten Verfahren oder im Dublin-Verfahren erledigt werden können. Die prioritäre Behandlung von Asylgesuchen von unbegleiteten Minderjährigen wird allerdings nicht erwähnt, obwohl dies im Asylgesetz vorgeschrieben ist. Wie erklärt sich der Bundesrat diese Divergenz? Werden entsprechende Gesuche nicht mehr prioritär behandelt?

Antwort

Das SEM legt in einer Behandlungsstrategie fest, welche Asylgesuche prioritär behandelt werden. Bei den Asylgesuchen von unbegleiteten Minderjährigen besteht diese Verpflichtung von Gesetzes wegen. Die Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen werden deshalb in der Behandlungsstrategie des SEM nicht zusätzlich erwähnt. Die entsprechenden Gesuche werden jedoch selbstverständlich weiterhin prioritär behandelt.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5363 Marra

Le mode de financement de la société OSEARA ne fausse-t-il pas son jugement?

En avril dernier une famille géorgienne dans le canton de Vaud a été renvoyée de force dans des conditions abominables, les enfants assistant à la tentative de suicide du père pendant l'opération.

Un des rôles de OSEARA est d'estimer si les requérants sont en état de voyager.

Elle a déjà fait la une des journaux pour son incapacité à le faire il y a quelques années.

Le CF partage-il l'avis que le mode de financement de cette société, au forfait et au renvoi, biaise son jugement?

Antwort

Le Conseil fédéral souligne que l'information concernant le mode de financement de la société OSEARA SA publiée dans certains médias est erronée. L'entreprise prestataire de services est indemnisée pour l'évaluation médicale de l'aptitude au transport des personnes en procédure de renvoi. Ceci signifie que l'entreprise est indemnisée avec un montant fixe indépendamment du résultat de cette évaluation.

L'entreprise OSEARA SA effectue l'évaluation en application stricte de critères médicaux développés en collaboration avec l'Académie Suisse des Sciences Médicales (ASSM) et la Fédération des médecins suisses (FMH).



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5377 Glättli

Pushbacks von Schutzsuchenden an den EU-Aussengrenzen, speziell Libyen: Wie engagiert sich die Schweiz, dass Schutzsuchende nicht in unmenschliche Haftlager in Libyen zurückgezwungen werden.

Das UNHCR beschreibt die Situation von Flüchtlingen in den Haftlagern in Libyen als "verheerend". Die EU müsse eine Rückführung der Migranten unbedingt verhindern. Die Situation der Geflüchteten in den Lagern verschlechtert sich durch die militärische Entwicklung weiter.

1. Wie setzt sich die Schweiz für die Befreiung Schutzsuchender aus den Haftlagern ein?
2. Wie setzt sich die Schweiz gegen Pushbacks nach Libyen ein?
3. Ist sie bereit, die Kontingente von Flüchtlingen aus Libyen zu erhöhen?

Antwort

1. Der Bundesrat ist sich der schwierigen Lage von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in den libyschen Haftzentren bewusst. Er unterstützt die Bemühungen der internationalen Organisationen zur Linderung der Not in diesen Zentren. Beispielsweise beteiligt sich die Schweiz an einem Projekt des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), welches die Evakuierung von gefährdeten Migrantinnen und Migranten aus den Haftzentren in sicherere Zonen im Raum Tripolis zum Ziel hat. Weiter finanziert die Schweiz ein Projekt der Internationalen Organisation für Migration (IOM), welches unter anderem die medizinische Versorgung von Migrantinnen und Migranten in den Haftzentren fördert.
2. Der Bundesrat fordert in bilateralen Dialogen wie auch auf multilateraler Ebene immer wieder, dass alle im Mittelmeer aktiven staatlichen und nichtstaatlichen Akteure die Prinzipien der Seenotrettung, die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und insbesondere das Non-Refoulement-Prinzip vollständig respektieren.
3. Der Bundesrat ist grundsätzlich bereit, die Bemühungen des UNHCR zur Evakuierung von Flüchtlingen aus Libyen mit der Aufnahme einer entsprechenden



Flüchtlingsgruppe im Rahmenkontingent für das Resettlement-Programm zu unterstützen.

Aktuell scheitert die Umsetzung dieser Aufnahme jedoch an den prekären Bedingungen sowie operativen Hürden vor Ort.

Bereits im Dezember 2017 hatte die Schweiz im Rahmen einer humanitären Sofortmassnahme die Aufnahme von 80 besonders vulnerablen Personen aus Libyen beschlossen. Im Jahr 2018 reisten infolgedessen 78 Personen über den Niger in die Schweiz ein.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5311 Molina

Kooperation von Elbit Systems und Ruag

Gemäss EFK (16612) entwickeln Ruag und Elbit Systems einzelne Teile für ein Sense-and-Avoid-System unter Führung von Armasuisse. In seiner Antwort auf Anfrage 18.1093 schreibt der Bundesrat: "Auch im Rahmen anderer Beschaffungsprojekte der Schweizer Armee gibt es keinen Technologietransfer von Ruag zu Elbit." Gilt dies auch für die Entwicklung des Sense-and-Avoid-System für die Hermes-900-Drohne? Falls ja: Ist es korrekt, dass Israel das Sense-and-Avoid-System nicht im Ausland einsetzen darf?

Antwort

Im Rahmen der Beschaffung des Aufklärungsdrohnensystems ADS 15 fungiert Elbit als Generalunternehmerin, während RUAG zum dazugehörigen Sense and Avoid System wesentliche Teile beisteuert. Dabei findet kein Technologietransfer von RUAG zu Elbit statt. Elbit hat keinen Zugang zur Technologie der von RUAG entwickelten Baugruppen. Das bedeutet jedoch nicht, dass das System nicht auch im Ausland eingesetzt werden könnte. Wenn Elbit für weitere Kunden die Baugruppen von RUAG verwenden will, untersteht dies den üblichen Genehmigungsverfahren des Bundes im Rahmen der Kriegsmaterial- oder Güterkontrollgesetzgebung.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5342 Geissbühler Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Wie lange reicht der aktuelle Munitionsbestand im Falle eines konventionellen Krieges?
2. Was unternimmt der Bundesrat, um die Situation im Sinne einer effektiven Landesverteidigung zu verbessern?

Antwort

1. Die Abwehr eines konventionellen bewaffneten Angriffs hängt von den Fähigkeiten des konkreten Gegners sowie der Intensität des Angriffs ab. Daher lässt sich keine quantitative Aussage darüber machen, wie lange der aktuelle Munitionsbestand ausreichen würde.
2. Der Bundesrat unternimmt alles, um die Landesverteidigung in jeder Situation sicherzustellen. Bezüglich dem Munitionsbestand weist der Bundesrat darauf hin, dass mit den ausserordentlichen Munitionsbeschaffungen im zusätzlichen Rüstungsprogramm 2015 und im Rüstungsprogramm 2017 die Lagerbestände erhöht wurden.

Um die langfristige Landesverteidigung sicherzustellen, hat das VBS kürzlich die Berichte über die Zukunft der Bodentruppen und die Luftverteidigung der Zukunft präsentiert. Diese zeigen auf, welche Fähigkeiten die Armee auf längere Sicht braucht, um den vielseitigen Bedrohungen angemessen zu begegnen und das Land und die Menschen zu schützen.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5343 Geissbühler Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Besteht ein Verteidigungsplan in Bezug auf den Schutz existenzieller Infrastruktur im Falle eines terroristischen Anschlages, eines konventionellen Krieges oder anderer ähnlicher Vorkommnisse?
2. Wenn nein, ist einer in Planung?

Antwort

Die Verantwortlichkeiten für den Schutz der kritischen Infrastrukturen liegen in erster Linie bei den Betreibern und Kantonen. Die Armee kann die zivilen Behörden subsidiär unterstützen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz führt ein Inventar über kritische Infrastrukturen. Darauf basierend planen zivile Stellen und die Armee ihre möglichen Einsätze.

Für den Fall eines terroristischen Anschlages bestehen für besonders wichtige Objekte vorsorgliche Planungen. Ebenfalls werden präventive Massnahmen vorgesehen bzw. sind in Umsetzung begriffen.

Die Armee verfügt über eine Planung um im Ereignisfall die Polizei rasch mit militärischen Mitteln unterstützen zu können. Liegt eine unmittelbare terroristische Bedrohung vor, ist die Armee ebenfalls vorbereitet die zivilen Behörden – auch über einen längeren Zeitraum – zu unterstützen.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5344 Geissbühler

Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Wie steht der Bundesrat zum Verkauf wichtiger Infrastrukturen (Stromnetz, Wasserquellen, Rüstungsunternehmen, Kommunikationsunternehmen, etc.)?
2. Wie soll im Kriegsfall die Strom-, Lebensmittel-, Wasserversorgung der Schweizer Bevölkerung sichergestellt werden?
3. Wie soll die Schweiz ohne diese existenziellen Infrastrukturen im Ernstfall eine effektive Landesverteidigung aufrechterhalten?

Antwort

1. Der Bundesrat hat vor kurzem einen Bericht zu diesem Thema publiziert. Dieser zeigt auf, dass die meisten der für das Funktionieren und die Sicherheit der Schweiz kritischen Dienstleistungserbringer im Eigentum der öffentlichen Hand sind. Verkäufe wären hier nur mit Zustimmung des Gesetzgebers möglich. Der Bundesrat erkennt insgesamt keinen Bedarf an zusätzlichen Schutzmassnahmen, wird die Entwicklung jedoch laufend beobachten.
2. Im Krisenfall ist die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen mit Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung sicherzustellen. Auf Anordnung des Bundes halten verschiedene Branchen kritische Güter an Lager. Daneben wird auch die Bevölkerung sensibilisiert und aufgefordert, einen persönlichen Notvorrat zu halten, der insbesondere Lebensmittel und Wasser umfasst.
3. Das Funktionieren von kritischen Infrastrukturen ist im Alltag wie in der Krise essenziell. Der Schutz von kritischen Infrastrukturen spielt somit in den sicherheitspolitischen Überlegungen des Bundesrates eine wichtige Rolle. Er verabschiedete Ende 2017 eine überarbeitete Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen für den Zeitraum 2018–2022.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5345 Geissbühler Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Was gedenkt der Bundesrat zu tun um die Überbürokratisierung im VBS und im Inneren der Armee zu reduzieren, die Prozesse effektiver zu gestalten und Schnittstellen massiv zu reduzieren, damit die Finanzen effektiver in die Landesverteidigung investiert werden können?

Antwort

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee, der sogenannten WEA, hat das VBS grosse Anstrengungen unternommen den jährlichen Betriebsaufwand bei rund drei Milliarden zu stabilisieren. Dies war nur möglich, indem die Kommandostrukturen an die effektiven Bedürfnisse angepasst und die damit verbundenen Prozesse auf allen Stufen optimiert wurden.

Der grösste Teil des Betriebsaufwandes fällt nicht für die Verwaltung, sondern die Ausbildung der Angehörigen der Armee an. So werden jährlich Rekrutenschulen, Kaderschulen und Wiederholungskurse durchgeführt, bei denen die für die Landesverteidigung unabdingbaren Soldaten und Kader ausgebildet werden. Systeme und Infrastrukturen sowie die Ausrüstung von über 20'000 Angehörige der Armee müssen unterhalten werden.

Die Departementsleitung des VBS überprüft derzeit die bestehenden Strukturen und Prozesse in allen Bereichen und ist bestrebt, die Abläufe zu optimieren und zielführend auszugestalten.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5320 Wermuth

Planen FIFA und Bundesrat eine Steuerbefreiung unter dem Radar?

FIFA, Bundesrat und der Regierungsrat des Kantons Zürich haben mehrfach verneint, dass die FIFA eine Steuerbefreiung anstrebe. Neue Recherchen des Westschweizerfernsehens RTS zeigen das Gegenteil. Offenbar finden seit 2017 entsprechende Gespräche zwischen Bundesrat und der FIFA statt. Ziel ist u.a. eine Befreiung von der direkten Bundessteuer nach Art. 56g DBG. Fanden solche Gespräche statt? Wenn ja, wer nahm daran teil? Wie ist die Position des Bundesrates? Wo steht das Geschäft?

Antwort

Auf Ebene Bundesrat haben sich der Vorsteher EDA und der Bundeskanzler einzig am 20. Dezember 2017 mit einer Delegation der FIFA getroffen. Bei dem Treffen ging es ausschliesslich um Fragen der FIFA bezüglich ihrer Stellung als internationale Nichtregierungsorganisation (INGO) und damit verbunden der Anstellung von ausländischem Personal. Die FIFA geniesst keine Vorrechte oder Immunitäten.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass die Gewinnsteuer von juristischen Personen – auch für die Belange der direkten Bundessteuer – durch die Kantone unter Aufsicht des Bundes veranlagt und bezogen wird. Somit obliegt auch der Entscheid über eine Befreiung von der Steuerpflicht gemäss Artikel 56 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) den kantonalen Veranlagungsbehörden und nicht dem Bund.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5328 Seiler Graf

Integration der Transportpolizei in die Zoll- und Grenzwa- che?

Laut Medienberichten prüft der Bundesrat die Integration der Transportpolizei (TPO) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) bzw. das Grenzwachtkorps (GWK).

- Wann und in welcher Form wird der Bundesrat über dieses Projekt informieren?
- Wer sind die Träger dieses Projektes und wer wird in welcher Form konsultiert?
- Wie wahrt er die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Kantone, auf ihrem Hoheitsgebiet für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen?

Antwort

Zwischen den betroffenen Departementen EJPD, UVEK und EFD laufen entsprechende Gespräche und Vorabklärungen. Die Integration in die EZV ist eine der geprüften Varianten. Der Bundesrat wird zu gegebener Zeit darüber zu entscheiden haben, wie es mit der Transportpolizei weitergehen soll und welche Fragen dazu allenfalls vertieft geprüft werden müssen. Vor einer entsprechenden Bundesratsentscheidung ist es für eine Information zu früh. Die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Kantone soll nicht angetastet werden.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5358 Meyer Mattea

Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien und geplante Reise des Bundespräsidenten

In Saudi-Arabien soll ein 18-Jähriger hingerichtet werden, weil er als Kind an einer Demonstration teilgenommen hat. Ein weiterer haarsträubender Fall von unzähligen Menschenrechtsverletzungen. Plant Bundespräsident Maurer trotzdem weiterhin, im laufenden Jahr nach Saudi-Arabien zu reisen? Wenn ja, wie und mit welchem Stellenwert wird der Bundespräsident die Menschenrechtsfrage thematisieren und öffentlich Stellung dazu nehmen?

Antwort

Derzeit habe ich keine Reise nach Saudi-Arabien geplant. Hingegen ist weiterhin vorgesehen, dass eine Delegation unter Leitung von Pascale Baeriswyl, Staatssekretärin EDA, für den jährlich stattfinden politischen Dialog nach Riad reist. Bei diesen Treffen werden auch Menschenrechtsfragen angesprochen.



Fragestunde vom 17. Juni 2019

Frage 19.5375 Glättli

Illegale Pushbacks von Schutzsuchenden an den EU-Aussengrenzen, speziell Kroatien: Wie reagiert die Schweiz? Verhindert sie eine Beteiligung von Schweizer Grenzwächterinnen im Rahmen von FRONTEX?

"borderviolence.eu" dokumentiert über 500 Fälle von Gewalt gegen Schutzsuchende an Kroatiens Grenze. FRONTEX-Mitarbeitende sollen an Pushbacks & Übergriffen beteiligt sein. CH-Grenzwächterinnen sind im Rahmen von Frontex mit der kroatischen Grenzpolizei im Einsatz.

1. Kennt der Bundesrat diese Vorwürfe?
2. Wie sorgt er dafür, dass CH-Grenzwächterinnen sich korrekt verhalten?
3. Protestiert er bei FRONTEX und ggü. der EU?
4. Wäre er bereit, Kontingente aus Bosnien & Herzegovina aufzunehmen?

Antwort

Zu Frage 1:

Die Schweiz wird als assoziierter Schengen-Mitgliedstaat von Frontex regelmässig über ausserordentliche Sachverhalte betreffend Frontex-Operationen in Kenntnis gesetzt. Dies betrifft insbesondere Fälle, die vom Frontex-Grundrechtsbeauftragten behandelt werden.

Zu Frage 2:

Die Mitarbeitenden der Eidgenössischen Zollverwaltung sind auf Grundrechtsthemen sensibilisiert. Zum einen ist das Thema ein wichtiger Teil ihrer Grundausbildung. Zum anderen erhalten sie vor jedem Einsatz sowohl ein nationales als auch ein Frontex-Briefing über die Verhaltensgrundsätze am Einsatzort. Darin enthalten sind die Grundrechte sowie der geltende Rechtsrahmen.

Zu Frage 3:

Frontex nimmt den Schutz der Grundrechte sehr ernst und verfügt über einen Grundrechtsbeauftragten. Wenn eine Person der Ansicht ist, dass Handlungen im Rahmen von Frontex-Operationen ihre Grundrechte verletzt haben, kann diese bei Frontex Beschwerde einreichen. Die Agentur ist verpflichtet, die Beschwerde zu prüfen und an den betroffenen Mitgliedstaat weiterzuleiten.

Zu Frage 4:

Der Bundesrat hat am 30. November 2018 entschieden, dass 2019 bis zu 800 vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) anerkannte Flüchtlinge, hauptsächlich Opfer des Syrienkonflikts, aufgenommen werden sollen. Im Rahmen der Migrationspartnerschaft mit Bosnien und Herzegowina setzt sich die Schweiz für einen besseren Schutz von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in diesem Land ein.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5319 Rochat Fernandez

Travail sur appel : garantir un nombre d'heures minimum/moyen dans le contrat de travail

Le travail sur appel constitue la forme de contrat de travail la plus précaire pour les salarié.e.s, (majoritairement des femmes).

De plus, le droit à l'assurance-chômage pour ces salarié.e.s est difficilement acquis (pas de perte de travail admise pour les heures non travaillées, pas de droit au chômage si fluctuation de 20 pour cent, cf. Directives SECO).

Le Conseil fédéral compte-t-il modifier le CO afin de rendre obligatoire l'indication de la durée minimum/moyenne du temps de travail pour ce type de contrat?

Réponse

Les contrats de travail sur appel ne touchent pas toutes les branches de l'économie de la même manière. Pour cette raison, il ne serait pas approprié de régler cette question dans le Code des obligations. En revanche, les contrats collectifs spécifiques à chaque branche de l'économie sont un moyen approprié pour les partenaires sociaux de convenir d'une éventuelle durée minimale d'emploi pour le travail sur appel.

En ce qui concerne l'assurance-chômage, les directives du SECO se basent exclusivement sur la jurisprudence constante du Tribunal fédéral. Selon cette jurisprudence, le travailleur sur appel ne subit ni perte de travail, ni perte de gain à prendre en considération dans les périodes où il n'est pas appelé à travailler. Il est en effet partie à un rapport de travail où l'horaire irrégulier est considéré comme normal et n'a donc pas droit aux indemnités de chômage.

La demande de réglementer la flexibilisation de travail en fonction des besoins de l'entreprise - ou travail sur appel - dans le Code des obligations n'est pas nouvelle. L'initiative parlementaire 14.411 avait ce même but. Le Conseil national – en suivant sa Commission des affaires juridiques – a décidé le 23 septembre 2015 de ne pas y donner suite, notamment pour les raisons évoquées ci-dessus.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5327 Heim : Immer gravierendere Engpässe – der Schweiz fehlen wichtige Medikamente und Impfstoffe

Laut dem BWL fehlen 31 essenzielle Medikamente + 8 Impfstoffe. Die globalisierte Produktion + Marktrückzüge mangels Rentabilität sind u.a. Gründe für Versorgungsausfälle in Europa + der Schweiz. Trotz der Massnahmen des Bundes mit Meldepflicht, Pflichtlager + Import von Kleinmengen an Arzneimitteln nehmen die Engpässe zu. Von welcher Bedeutung sind Exportverbote wie sie Belgien erlässt + in Baden-Württemberg gefordert werden zur Sicherung der eigenen Landesversorgung letztlich für die Schweiz?

Réponse

La loi fédérale sur l'approvisionnement économique du pays donne au Conseil fédéral la possibilité d'édicter des prescriptions restreignant l'exportation de produits thérapeutiques vitaux. Cette possibilité se limite aux cas de pénurie grave, déclarée ou imminente, auxquels l'économie ne peut faire face par ses propres moyens. Elle n'a encore jamais été utilisée.

Les interdictions d'exportation ne revêtent pas dans les faits une grande importance pour garantir l'approvisionnement du pays en médicaments. En effet, en matière d'approvisionnement de base, le plus touché par les perturbations, la Suisse n'a quasiment pas de production indigène, ce qui la rend presque entièrement tributaire des importations. Quoi qu'il en soit, s'il y a des difficultés d'approvisionnement en Suisse, la production indigène n'est dès lors plus guère vendue à l'étranger.

Concernant la libération de réserves obligatoires, les entreprises soumises au stockage obligatoire sont tenues de livrer en premier lieu la Suisse pour couvrir ses besoins effectifs. Les prélèvements dans les réserves obligatoires sont surveillés par la Confédération, ce qui permet de garantir que les produits ne sont pas distribués à l'étranger au détriment de la Suisse.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5329 Seiler Graf

Bundesgericht: Namen der Kriegsmaterial exportierenden Firmen öffentlich machen

Das Bundesgericht hat am 21. März 2019 im Urteil 1C_222/2018 eine Beschwerde des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung abgewiesen und folgt der Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten: Das Seco soll die Liste der bewilligten und der abgelehnten Gesuche für den Export von Kriegsmaterial einschliesslich Unternehmensnamen, Kategorie und Anteil am Wert des Gesamtexports veröffentlichen.

Wird der Bundesrat diese Angaben in Zukunft von sich aus publizieren?

Réponse

Dans son arrêt du 21 mars 2019, le Tribunal fédéral a rejeté le recours du DEFR contre une décision du Tribunal administratif fédéral. Toutefois, le Tribunal fédéral n'a pas statué définitivement sur le fond de l'affaire et n'a donc pas obligé le SECO à publier les informations demandées. Conformément à la Loi sur la transparence, dans le cas de documents officiels contenant des données à caractère personnel, l'autorité compétente doit consulter la personne physique ou morale concernée dans le cas d'espèce afin de lui donner l'occasion de faire valoir des intérêts contraires à la publication.

L'affaire est donc renvoyée au SECO pour qu'il entende les entreprises afin d'examiner si une publication est susceptible de porter atteinte à leur sphère privée ou révéler des secrets d'affaires. Une publication générale et inconditionnelle n'est donc pas possible du fait que les droits de la personnalité susmentionnés doivent toujours être pris en compte.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5335 Rochat Fernandez

Protection contre les licenciements de travailleur-euse-s syndiqué-e-s: sortir définitivement de la liste noire de l'OIT

Depuis de nombreuses années, la Suisse a régulièrement été réprimandée par l'OIT concernant la protection contre les licenciements de travailleurs syndiqués. In extremis, la Suisse a été retirée de la liste noire de l'OIT comptant 25 pays problématiques en matière de liberté syndicale.

Dans l'intervalle, l'on apprenait que le Conseil fédéral allait entreprendre une médiation entre patrons et syndicats.

Partant, quels objectifs précis et agenda le CF s'est-il fixé pour cette médiation ?

Question 19.5362 Sommaruga Carlo

Protection des syndicalistes contre les licenciements: des paroles aux actes

Alors qu'elle accueille ces jours à Genève la Conférence du centenaire de l'OIT, la Suisse a échappé - pour 12 mois - à son inscription sur la liste noire des pays qui ne protègent pas correctement les syndicalistes contre les licenciements par l'annonce in extremis de l'ouverture d'une médiation entre partenaires sociaux. En cas d'échec de la médiation, le Conseil fédéral est-il prêt à assumer ses responsabilités et proposer de son propre chef une protection accrues des syndicalistes ?

Question 19.5369 Maire Jacques-André

Quelle protection pour les syndicalistes ?

Selon l'OIT, les travailleurs actifs dans les syndicats en Suisse ne sont pas assez protégés d'un licenciement. Le Chef du DEFR a exprimé la volonté du Conseil fédéral de remédier à cette situation. Concrètement, qu'entend entreprendre le Conseil fédéral pour améliorer de manière effective la protection contre les licenciements antisyndicaux en Suisse et pour respecter pleinement les dispositions de la Convention internationale sur la liberté syndicale et la protection du droit syndical ?

Question 19.5371 Reynard

Liste noire OIT : enfin des mesures pour lutter contre les licenciements abusifs antisyndicaux ?

La Commission de l'OIT avait mis la Suisse sur la liste noire des pays ne respectant pas la liberté syndicale, vu le manque de protection contre le licenciement des salarié-e-s actifs dans les syndicats.

Mardi, le Comité de la liberté syndicale de l'OIT a décidé, sur proposition de la délégation suisse, de retirer la Suisse de cette liste, suite à l'engagement du CF Parmelin de trouver une solution avec les partenaires sociaux.
Comment et quand va-t-il répondre aux attentes légitimes de l'OIT?

Question 19.5374 Schneider Schnüttel

Kündigungsschutz für gewerkschaftlich engagierte Arbeitnehmende - Schweiz auf der schwarzen Liste der ILO

Wie den Medien entnommen werden konnte, sollte die Schweiz auf die schwarze Liste der ILO aufgenommen werden. Offenbar wurde der Schweiz ein Aufschub gewährt. Welche Forderungen stellt die ILO? Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, um einen solchen Eintrag zu verhindern? Wie will er den Kündigungsschutz der Arbeitnehmenden verstärken?

Réponse

En tant que Chef du Département de l'économie, j'ai proposé aux partenaires sociaux une médiation externe et indépendante pour traiter la question de la protection des syndicalistes en cas de licenciement.

Cette médiation a été acceptée par les représentants des associations faîtières.

Elle débutera à la fin de l'été. Le délai fixé pour la médiation est d'un an.

Afin que cette médiation se passe en confiance, le processus et le contenu des discussions doivent rester confidentiels. Il en va des chances de succès d'une médiation.

En instaurant cette médiation externe et neutre, l'intention est de parvenir à un résultat concret entre les partenaires sociaux par rapport à cette problématique qui dure depuis plus de 15 ans.

Il est judicieux d'attendre la fin de la médiation avant de décider des prochaines étapes.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5338 Graf Maya

Immer weniger Menschen sind bereit, die Risiken des Pestizideinsatzes in der Schweiz zu akzeptieren

Das Vertrauen in die Wissenschaft und die Zulassung von Pestiziden nimmt laufend ab. Immer weniger Menschen sind bereit, die hohen Risiken des Pestizideinsatzes zu akzeptieren — zwei Volksinitiativen sind Beleg dafür. Das gesellschaftliche Risikobewusstsein verändert sich, was laut Antwort des Bundesrates auf meine Ip 19.3386 einen Einfluss auf die Zulassung haben muss. Ich bitte den Bundesrat zu erläutern, ob er eine solche Veränderung feststellt und wie sich diese auf die Zulassung auswirkt?

Réponse

Comme mentionné dans la réponse à l'interpellation 19.3386 Graf Maya, de nouvelles connaissances scientifiques sur les risques peuvent entraîner la modification des exigences d'homologation. L'évolution de la perception du risque dans la société peut également amener à renforcer ces exigences. Il est toutefois difficile de déterminer la part de l'évolution de cette perception dans la modification des exigences.

Une chose est sûre. Les exigences relatives à l'homologation ont été renforcées ces dernières années. Les produits qui remplissaient les exigences il y a vingt ans ne satisfont plus forcément aux exigences actuelles. En conséquence, un grand nombre de produits a été retiré dans le cadre du programme de réexamen des anciennes homologations.

En outre, la réduction du risque ne passe pas uniquement par le renforcement de l'homologation. Dans le cadre du plan d'action sur les produits phytosanitaires, des mesures sont déjà prises pour réduire l'utilisation des produits phytosanitaires et leurs impacts sur les milieux naturels. Le Conseil fédéral propose également de renforcer le plan d'action par un train de mesures dans le cadre de la politique agricole à partir de 2022 en limitant notamment l'usage des produits autorisés présentant un risque plus élevé et en soutenant les modes de production renonçant à l'usage des produits phytosanitaires.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5340 Herzog Fehlende Medikamente in der Schweiz

In der Schweiz werden gewisse Medikamente nicht mehr hergestellt, weil der Patentschutz abgelaufen und die Renditeperspektiven für die Industrie gering sind.

- Was unternimmt der Bundesrat, um den Bedarf mit wichtigen Medikamenten sicherzustellen?
- Führt der Bundesrat Gespräche mit der Industrie?

Réponse

Pour la Suisse, qui est tributaire des importations, la constitution de stocks est une mesure provisionnelle qui revêt une grande importance afin de garantir l'approvisionnement en produits thérapeutiques vitaux. La libération de marchandises stockées à titre obligatoire permet, en cas de besoin, de pallier rapidement, voire de prévenir, les interruptions de l'approvisionnement. Le Conseil fédéral contrôle régulièrement les marchandises devant être stockées et les réserves nécessaires. Au vu des divers problèmes d'approvisionnement, le système des réserves obligatoires a été largement développé ces dernières années.

Les perturbations de l'approvisionnement en médicaments vitaux à usage humain peuvent être anticipées grâce aux notifications obligatoires collectées et exploitées par l'approvisionnement économique du pays. Le Conseil fédéral analyse régulièrement tous les principes actifs sous l'angle du risque en matière d'approvisionnement et de l'importance médicale vitale. Il adapte, si nécessaire, l'obligation de notifier.

L'organisation de milice de l'approvisionnement économique du pays permet d'avoir des contacts directs avec les représentants de l'industrie pharmaceutique. Le domaine Produits thérapeutiques de l'approvisionnement économique du pays compte un comité d'experts rassemblant des représentants de l'industrie pharmaceutique, des hôpitaux, des cantons et de la Confédération. Ce dernier analyse les annonces de perturbations transmises via le service chargé de collecter les notifications, définit les mesures appropriées et formule des recommandations à l'intention des autorités sanitaires et des fournisseurs de prestations, afin que l'approvisionnement puisse être assuré.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5347 Graf Maya

Register mit Studien zu Pestiziden und anderen lebensmittelrelevanten Chemikalien vorantreiben

Auf meine Frage 19.5038 antwortet der Bundesrat: Die EU schlägt vor, ein Register der verschiedenen Studien einzuführen, die an einem Stoff durchgeführt wurden. Nach den Grundsätzen der guten Praxis akkreditierte Laboratorien wären verpflichtet, alle durchgeführten Studien im Register zu melden. Die Zulassungsbehörden könnten so überprüfen, ob alle Studien vom Antragsteller eingereicht wurden. Ist er bereit, sich den Bemühungen um Planung, Umsetzung und Betrieb dieses Registers anzuschliessen?

Réponse

La mise en œuvre du registre des études dans l'UE devrait être assurée par l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Cette mise en œuvre n'est pas prévue avant 2021. La Suisse n'étant pas membre de cette agence de l'UE, il n'est pas possible de dire aujourd'hui si elle aura accès aux informations contenues dans ce registre. Des discussions pour une participation de la Suisse à l'EFSA sont en cours dans le cadre des négociations sur un accord dans le domaine de la sécurité alimentaire.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5354 Sommaruga Carlo

Glyphosate : Nouvelle condamnation aux USA mettant en cause le Roundup pour des cancers. Changement de paradigme pour le Conseil fédéral ?

Courant mai 2019, Monsanto a été condamné pour la 3^{ème} fois par un jury américain. En cause le Roundup et son principe actif le glyphosate. Le jury a suivi les plaignants, atteints de cancer, estimant que la cause du cancer était ledit pesticide. Ce développement judiciaire n'incite-t-il pas le Conseil fédéral à revoir sa copie et à interdire immédiatement à titre de précaution toute production et toute diffusion commerciale de pesticides avec du glyphosate ?

Réponse

La mise dans le commerce des produits phytosanitaires est régie par l'Ordonnance sur les produits phytosanitaires. Les exigences sont basées sur les normes internationales en vigueur. Plusieurs organisations intergouvernementales ont confirmé ces dernières années que l'utilisation du glyphosate ne présentait pas de risque de cancer pour la santé humaine lorsque ce produit est utilisé conformément aux prescriptions. Il s'agit notamment du groupe conjoint de la FAO et de l'Organisation mondiale de la santé sur les résidus, de l'Agence européenne des produits chimiques et de l'Autorité européenne de sécurité des aliments.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5359 Rytz Regula

Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zum Schutz der Indigenen Bevölkerung

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen (FHA) mit den Mercosur-Staaten sollen Ende 2019 abgeschlossen sein. Zu den Handelspartnern gehört auch Brasilien mit seinem rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro. Unter ihm geraten Menschen- und Umweltrechte stark unter Druck.

- Wie schätzt der Bundesrat die Situation nach dem Regierungswechsel in Brasilien ein, insbesondere betreffend der Indigenen Bevölkerung?
- Ist die Wahrung der Rechte der Indigenen Bevölkerung ein Muss-Kriterium für das FHA?

Réponse

La Suisse suit de près l'évolution de la situation des droits de l'homme, de la démocratie et de la protection de l'environnement au Brésil et intervient le cas échéant sur ces sujets lors de ses contacts bilatéraux. Elle mène également des consultations régulières en matière de droits de l'homme avec le Brésil, ce qui lui permet d'approfondir les points critiques avec les autorités brésiliennes responsables. Parmi les thèmes abordés lors des dernières consultations en 2018 figuraient notamment la thématique des droits des peuples indigènes. La Suisse a fait des recommandations au Brésil dans ce domaine lors de son dernier Examen périodique universel, en mai 2017.

La thématique des droits des peuples indigènes fait également partie intégrante des négociations de libre-échange avec le Mercosur, notamment au niveau des dispositions relatives à la gestion durable des ressources forestières du chapitre « Commerce et développement durable ». Parmi les éléments évoqués figure entre autres la question du consentement préalable des peuples autochtones lorsqu'il est question de l'exploitation des forêts dont ils sont tributaires pour subvenir à leurs besoins.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5360 Rytz Regula

Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zum Klimaschutz

Frankreich und Luxemburg haben angekündigt, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten abzulehnen, wenn Brasilien aus dem Pariser Klima-Abkommen aussteigt.

- Teilt der Bundesrat diese Haltung?
- Was würde ein Übungsabbruch der EU für die EFTA-Verhandlungen bedeuten?
- Wie kann der Bundesrat die Pflicht zu Einhaltung internationaler Umweltabkommen im Standard-Nachhaltigkeits-Kapitel der EFTA durchsetzen, wenn Brasilien aus dem Klima-Abkommen aussteigt?

Réponse

A ce jour, tous les Etats membres du Mercosur sont parties à l'Accord de Paris. Le Conseil fédéral ne souhaite pas faire de spéculation à l'égard d'une éventuelle sortie de cet accord, ni d'ailleurs sur un hypothétique échec des négociations entre le Mercosur et l'UE.

Les dispositions environnementales que la Suisse, respectivement l'AELE, inscrivent dans les accords de libre-échange ne se limitent pas aux seules questions de réduction des gaz à effet de serre visées par l'Accord de Paris. Les dispositions prévoient également des engagements en matière de gestion durable des ressources forestières, dont les questions liées à la lutte contre le commerce illégal du bois et aux droits des peuples autochtones. Ces dispositions couvrent encore les questions liées à la gestion durable des ressources halieutiques, la lutte contre la surpêche et la pêche illégale, ainsi que la promotion de l'utilisation des systèmes de certifications respectueux de l'environnement.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5361 Rytz Regula

Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zum Nachhaltigkeit

Für das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wurde offenbar ein Nachhaltigkeitskapitel erarbeitet.

- Sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen?
- Was sind die Kernpunkte dieses Nachhaltigkeitskapitel? Werden auch die Menschenrechte und die Klimaziele von Paris berücksichtigt?
- Wie gross ist die Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele? Gibt es eine Kontrollbehörde, sind Sanktionen vorgesehen?

Réponse

Les négociations relatives au commerce et développement durable sont bien avancées. Cependant, comme c'est le cas pour les autres domaines, le principe de toute négociation est que rien n'est accepté tant que tout n'est pas accepté.

La Suisse et l'AELE visent l'inclusion d'un chapitre couvrant toutes les questions environnementales et de standards de travail en lien avec le commerce. Cela inclut entre autres les aspects suivants : le respect et la mise en œuvre effective des accords environnementaux multilatéraux ratifiés par les parties, y compris l'Accord de Paris ; le respect des conventions de l'Organisation internationale du travail ; la gestion durable des ressources forestières et des ressources liées à la pêche. Des références aux principaux instruments internationaux dans le domaine des droits de l'homme et aux principes de la responsabilité sociale des entreprises sont également prévues. Et pour la première fois, la question du bien-être des animaux est thématisée dans les discussions.

Les dispositions en matière de durabilité constituent des engagements qui lient les parties en droit international. Mais contrairement aux autres dispositions des accords de libre-échange qui reposent sur des accords de l'OMC, les clauses de durabilité se fondent sur des conventions et organisations internationales qui elles-mêmes ne prévoient pas de recours aux sanctions. Le Conseil fédéral est convaincu que dans ce domaine, une approche coopérative permet d'obtenir de meilleurs résultats qu'une approche basée uniquement sur la menace de sanctions.

Le comité mixte, institué par l'accord de libre-échange, est compétent pour la surveillance de toutes les dispositions de l'accord, y comprises les dispositions de durabilité. La société civile est associée au suivi de ces dispositions, notamment par le biais du Groupe de liaison avec les ONG.



Heure des questions du 17 juin 2019

Question 19.5376 Gugger

Welche Stellen bzw. Bereiche des Bundes befassen sich mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Der Bundesrat verfolgt laut BFI-Botschaft das Ziel, ausgehend von den ergriffenen Massnahmen die nachhaltige Entwicklung in Bildung, Forschung und Innovation weiter zu stärken, in Abstimmung mit anderen Bereichen der Bundespolitik. Ich bitte ihn daher, kurz darzulegen, bei welchen Stellen bzw. in welchen Bereichen der Bundespolitik (insbesondere bei welchen Bundesämtern) Verantwortlichkeiten betreffend Bildung für nachhaltige Entwicklung liegen.

Réponse

L'Office fédéral du développement territorial étant l'office fédéral compétent pour les questions de développement durable, il lui incombe de diriger le Groupe sur l'éducation en vue d'un développement durable, l'EDD, de la Confédération. Les autres offices représentés sont l'Office fédéral de l'environnement, l'Office fédéral de la santé publique, l'Office fédéral de l'énergie, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires, la Direction du développement et de la coopération, le Service de lutte contre le racisme au sein du Secrétariat général du département de l'intérieur et, pour finir, le Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation. La Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique est invitée.